

Warum sagt man nicht, dass man nicht mehr in der Lage ist, das hohe Niveau der Inneren Sicherheit zu finanzieren? Warum sagt man nicht, dass man Personal bei der Polizei abbauen will oder muss? Auch Stellen des Vollzugsdienstes wird der Finanzminister einkassieren! Warum sagt man nicht, dass man aufgrund eigener Politik Polizeidienststellen schließen wird, vorhandene Führungsstrukturen/Fachdienststellen mit dem Ziel der Personaleinsparung verändern will? Dann wüssten wir – die Beschäftigten in den Polizeidienststellen - und die Bürgerinnen und Bürger in diesem Land endlich, was eigentlich los ist. Dann müssten aber auch die Verantwortlichkeiten geklärt werden. Wer regiert dieses Land denn seit vielen Jahrzehnten?

Stattdessen propagiert man eine „Verwaltungsreform“ und erfindet den Begriff der „Effizienzrendite“. Dieses Wort kennt nicht einmal mein *Duden*. Vielleicht schlägt jemand dieses Wort mal für die Prämierung zum „Unwort des Jahres“ vor. Mein *Duden* erklärt „Reform“ u. a. als **Verbesserung des Bestehenden**. Davon ist aber nichts zu erkennen, wenn man die Vorschläge des Innenministeriums zur Umsetzung des Eckpunkte-papiers für die Verwaltungsreform näher betrachtet. Da wird mit den Begriffen „Umsetzungspotenzial“ und „Freisetzungspotenzial“ wieder mal „Rosstäuscherei“ betrieben. Da wird in der Zieldefinition genau so wieder geschwafelt wie vor der „Reorganisation der Polizei“ vor wenigen Jahren! Weitere Einzelheiten möchte ich mir an dieser Stelle ersparen. Ich werde aber sicher noch darauf zurückkommen!

Die Ergebnisse dieser „Reorganisation“ sind noch nicht einmal in allen Einzelheiten bekannt, eine erste Evaluation mit reger Beteiligung der Beschäftigten bekommt höchstwahrscheinlich ein „Begräbnis erster Klasse“. Das Ergebnis war ja auch nicht gerade ermutigend – wie man hört. Dies alles, weil es sich einige Menschen anscheinend zur Aufgabe gemacht haben, die Motivation in weiten Teilen der Polizei endgültig „auf Null zu fahren“. Die Früchte dieser Politik werden in wenigen Jahren auch in den Statistiken erscheinen. Dann kann sich unsere Landesregierung nicht mehr damit rühmen, eine der erfolgreichsten Polizeien dieser Republik zu haben. Da dies derzeit so ist, hätte es überhaupt keinen Grund gegeben, diese erfolgreiche Organisation auch nur ein Jota zu ändern!

Eine Organisation, deren Beschäftigte in diesem Jahr und den Folgejahren dafür bestraft werden, dass alle Politikerinnen und Politiker in diesem Land versagt haben und deshalb die Einkommen gekürzt werden, die Pensionen und Renten gekürzt werden, die Beiträge zu den Sozialversicherungen ständig steigen, die Wochenarbeitszeit ohne Lohnausgleich von ehemals 38,5 Stunden auf 41 Stunden erhöht wird und das Pensions- und Renteneintrittsalter fast jeden Tag im Zenit öffentlicher Diskussionen stehen, kann nicht nebenbei noch ständig unter „Veränderungsdruck“ gestellt werden.

An dieser Stelle darf ich unseren Herrn Innenminister an einen seiner bedeutsamen Sätze erinnern, als er nämlich gesagt hat, „dass in die Polizei endlich wieder Ruhe einkeh-

ren muss!“ Seither tut er im Verein mit dem Kabinett wohl alles dafür, dass gerade das nicht passieren wird!

Darf man eigentlich mal fragen, wer die politische Verantwortung für die „Reorganisation“ der Polizei trägt? Höchstwahrscheinlich doch der gleiche Innenminister, der jetzt – wie man hört – an den Polizeigewerkschaften kein gutes Haar mehr lässt! Er sollte wirklich mal darüber nachdenken, was er aus der Polizei des Landes gemacht hat und noch machen will? Er sollte auch mal darüber nachdenken, ob er auf die richtigen Berater hört? Aber das überlässt er jetzt wohl lieber seinem Staatssekretär.

Nach dem Landespersonalvertretungsgesetz „arbeiten Dienststelle und Personalvertretung unter Beachtung der Gesetze und Tarifverträge vertrauensvoll und im Zusammenwirken mit den in der Dienststelle vertretenen Gewerkschaften und Arbeitgebervereinigungen zum Wohle der Beschäftigten und zur Erfüllung der der Dienststelle obliegenden Aufgaben zusammen.“ Dieser gesetzliche Auftrag wird vom Innenministerium aufs Größte missachtet. Eine Zusammenarbeit ist immer dann gefragt, wenn man uns braucht – so bei den Beurteilungsrichtlinien. Wenn man aber, weil man mit Kabinettsentscheidungen die Pflöcke setzt, sich auf sicherem Gelände wähnt, dann zeigt man uns, was man von uns hält.

Wir haben ständig unsere Gesprächsbereitschaft signalisiert. Sie wurde einfach ignoriert und wir (einschl. der gewählten Personalvertretungen auf allen Stufen) werden letztlich vor vollendete Tatsachen gestellt.

Wer mit den Gewerkschaften und den Personalvertretungen nicht mehr reden will, der soll das bitte auch öffentlich erklären. Er sollte dann bitte auch erklären, dass er das Grundgesetz und das Landespersonalvertretungsgesetz ändern will, damit er ohne lästige Personalräte und Gewerkschaften noch unkontrollierter und hemmungsloser agieren kann.

josch